

# CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION

Präsidium des Hauptvorstandes

Vertraulich!

## PROTOKOLL

der

Präsidiumssitzung am 25. Januar 1990

Anwesend Ufrd. de Maiziére, Kirchner, Abend, Prof. Baumgärtel, Klingbeil, Korbella, Dr. Müller, Dr. Schönfelder, Prof. Dr. Steinberg, Lechtenfeld, Lück, Niggemeier, Skowron, Dr. Trende

### Tagesordnung

1. Bericht zur Lage
2. Koalitionsfrage
3. Medienfragen
4. Wahlkampf
5. Parteifinanzen

Beschlüsse Nr. 63/90, 64/90, 65/90, 66/90, 67/90, 68/90, 69/90

Ausfertigungen

Ausfertigung

63/90 Das Präsidium beschließt eine Erklärung (Neue Zeit vom 26. 1. 1990), mit der die CDU begründet, warum sie ihre Minister aus der Regierung zurückzieht.

Die EntschlieÙung wird einstimmig angenommen.

64/90 Für den 10. Februar 1990 wird der Parteivorstand einberufen.

Die Tagesordnung festzulegen, wird in das Ermessen des Parteivorsitzenden gelegt.

65/90 Ein Plakat, das mit Hilfe der Westberliner CDU hergestellt wurde, wird als dem gegenwärtigen politischen Standpunkt der Partei nicht angemessen verworfen und unter Verschluss genommen.

Möglicherweise soll es einen Monat vor dem Wahltermin geklebt werden.

66/90 Die CDU wird hinsichtlich der Bildung ihres Parteivermögens prüfen, ob dieses juristisch einwandfrei erworben ist, und die Ergebnisse in der Presse veröffentlichen.

Eine solche Erklärung wird durch den Schatzmeister abgegeben werden.

67/90 Die Wahlkampfabteilung wird beauftragt, einen Terminplan zu erarbeiten, welche Veranstaltungen durch welche Repräsentanten der CDU besucht werden.

68/90 Die Wahlkampfabteilung sollte umgehend Materialien der anderen Parteien, wie z. B. die Gründungsdokumente der SDP/SPD, karteimäßig erfassen, um diese im Wahlkampf entsprechend abrufbar zu haben.

69/90 Im Ergebnis einer umfangreichen Diskussion, in welcher Form die CDU mit anderen Parteien, wie z. B. mit dem Demokratischen Aufbruch und der DSU, in einem Wahlbündnis zusammenarbeiten sollte, wird beschlossen, keine Einheitsliste und schon gar nicht unter der Firmierung "DUD" bei den Wahlen anzustreben.

Allenfalls könne man sich zu einer "Allianz der Mitte" finden, wobei jedoch noch ungeklärt bleibt, ob in allen Wahlkreisen ein solches Wählerbündnis gesucht werden sollte.

*Wuy Tjandra*

Erklärung des Präsidiums des Parteivorstandes

25. 1. 1990

Am 25. Januar 1990 tagte das Präsidium ~~des Parteivorstandes~~ der CDU in Berlin.

Die Tagung war notwendig geworden, weil der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, Dr. Hans Modrow, die Forderung der CDU vom 21. 1. 1990 aufgegriffen hat, die am Runden Tisch beteiligten Parteien und neuen Gruppierungen mit in die Pflicht zu nehmen.

Die Entwicklung im Lande hat eine Notsituation geschaffen, die auf Grund ihrer Krisenhaftigkeit das breite Zusammengehen aller zu Verantwortung und Vernunft Bereiten erfordert.

Die CDU hat über Wochen - auch gegen Stimmen aus der eigenen Basis - die Regierung von Ministerpräsident Dr. Modrow mitgetragen, um Stabilität zu schaffen und eine geordnete Entwicklung hin zu freien Wahlen am 6. Mai 1990 zu ermöglichen.

Offensichtlich ist auch, daß es der Leitung unserer Partei nicht in genügendem Maße gelungen ist, die Motive für diesen Verbleib deutlich zu machen und darüber hinaus die eigene Position der Partei zu wichtigen Inhalten der Regierungsarbeit markant darzustellen.

Alle Versuche, dieses Tragen von Verantwortung als altes Anpassungsverhalten an die SED zu diskreditieren, weist das Präsidium als unredlich und unbegründet mit Nachdruck zurück.

Die derzeitige Regierung ist ohne unser Verschulden in eine Krise geraten, die von der CDU nicht mehr mitverantwortet werden kann. Um den Weg für Verhandlungen mit den neuen Parteien und Gruppierungen frei zu machen, zieht die CDU ihre

Minister aus der Regierung zurück und geht davon aus, daß die anderen an der Regierung beteiligten Parteien dies ebenfalls tun werden. Die CDU-Minister <sup>werden</sup> führen ihre <sup>Arbeits</sup> <sup>geschäfte</sup> lediglich <sup>weiter</sup> kommissarisch weiter. <sup>bei der CDU geht davon aus, dass die Geschäfts</sup>

Die CDU würde tolerieren, daß Dr. Modrow eine neue Regierung <sup>gebildet</sup>

mit allen am Runden Tisch Beteiligten bildet, wenn er gleichzeitig das Ruhen seiner Mitgliedschaft und Ämter in seiner Partei erklärt.

Partei Vorstand ab-  
schließend befindet.

Die CDU ist bereit, sich erneut der Verantwortung für das Land und die Menschen in ihm zu stellen, sofern dies in adäquater Weise auch durch die neuen Parteien und Gruppen geschieht.

Eine Lösung der Art, den bisherigen Mitgliedern der Regierung lediglich "Berater", wie dies die Haltung der SPD ist, an die Seite zu stellen, d. h. weiterhin nur die Position des Kritikers, nicht aber die des Verantwortlichen zu beziehen, kann nicht akzeptiert werden. Wer meint, heute nicht über Personen mit der notwendigen Fachkompetenz zu verfügen, mag dies laut eingestehen. Er wird sich aber fragen müssen, welche Schlüsse die Wähler daraus im Blick auf den 6. Mai ziehen.

Wenn unser Volk und in ihm die Mitglieder der CDU sich auf dem Weg zu Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit begeben haben, dann nicht, um in Halbherzigkeiten stecken zu bleiben, sondern um mit Vernunft, Verantwortung und Augenmaß gemeinsam ans Ziel zu kommen.